

## Wen sollen Familien wählen?

Wahlprüfsteine zur Europawahl am 26. Mai 2019



**DEMO FÜR ALLE**  
WWW.DEMOFUERALLE.DE

Das Europarecht verwendet die Begriffe „Ehe“ und „Familie“, ohne dass Einigkeit über deren Bedeutung besteht. Es braucht eine für das Europarecht einheitliche Definition: Die Ehe ist ein Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau und die Familie gründet sich auf Ehe und/oder Abstammung.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
<b>CDU/CSU</b>			x	Die Frage, ob die zivile Ehe auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ermöglicht werden sollte, haben wir in CDU und CSU intensiv diskutiert. Für uns ist die Ehe ein besonderes Anliegen, weil die Werte, auf denen sie beruht, besonders wertvoll und schützenswert sind. Wir werben daher für Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, in denen diese Werte ebenfalls gelebt werden und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben ihrem Gewissen folgend über diese wichtige gesellschaftspolitische Frage entschieden und mehrheitlich beschlossen, das Recht auf Eheschließung auch für Personen gleichen Geschlechts einzuführen.
<b>Grüne</b>		x		Familie ist da, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen, insbesondere für Kinder. Die Ehe ist eine rechtliche Verbindung zwischen zwei erwachsenen Menschen. Familie gründet sich nicht zwingend auf Ehe oder Abstammung.
<b>SPD*</b>				
<b>AfD</b>	x			Die AfD bekennt sich zum klassischen Familienbild aus Vater, Mutter und Kindern. Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und bedarf des besonderen Schutzes und der Förderung des Staates. Andere Formen des Zusammenlebens werden von der AfD respektiert.
<b>FDP</b>		x		Wir Freie Demokraten fordern ein modernes Recht für Ehe und Familie. Die wichtigsten Entscheidungen sind oft die persönlichsten. Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen alle frei sein. Der Staat und die Gesellschaft können Glück nicht verordnen. Glück kann nur jeder und jede für sich selber finden. Wir Freie Demokraten wollen jedem Menschen diese Freiheit lassen. Eine oben genannte enge Definition von „Ehe“ und „Familie“ lehnen wir daher ab.
<b>Linke</b>		x		Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen - unabhängig von Trauschein und sozialer Verantwortung.
<b>BündnisC</b>	x			
<b>LKR</b>	x			Grundsätzlich ja, allerdings gehören auch adoptierte Kinder oder Pflegekinder zur Familie.

\*) Die SPD hat den Fragebogen nicht bearbeitet, aber auf ihr Wahlprogramm verwiesen, aus dem wir die Antworten auf die Fragen 2 und 5 abgeleitet haben.

Seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 gilt Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe für alle Aufgaben- und Arbeitsbereiche der Europäischen Union (EU). Die Verfechter des Gender Mainstreaming behaupten, Geschlecht sei ein soziales Konstrukt. Dies entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Daher muss Gender Mainstreaming als Ziel der EU zurückgenommen werden.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
<b>CDU/CSU</b>		x		Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter. CDU und CSU setzen sich für eine aktive und wirkungsvolle Gleichstellungspolitik ein und dafür, dass bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt werden.
<b>Grüne</b>		x		Gender Mainstreaming heißt, mit dem Leitbild Geschlechtergerechtigkeit bei allen Vorhaben die Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen jeweils von Frauen und Männern systematisch zu berücksichtigen. Das halten wir für sinnvoll und setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung dieses Prinzips in der Politik der Europäischen Union ein.
<b>SPD</b>		x		Aus dem Wahlprogramm zur Europawahl 2019: "... konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen." (S. 33)
<b>AfD</b>	x			Die AfD lehnt Gender Mainstreaming als unwissenschaftlich und ideologisch konstruiert ab und fordert die sofortige Einstellung aller Förder- und Forschungsprogramme.
<b>FDP</b>			x	Wir bekennen uns dazu, die Gleichberechtigung der Geschlechter in Europa zu fördern und bestehende Nachteile, etwa innerhalb der europäischen Institutionen, müssen auch durch das Handeln und durch die Rechtssetzung der EU beseitigt werden. Gegenüber den Mitgliedstaaten muss die EU sich konsequent für den Abbau von mittelbaren Diskriminierungen einsetzen, von denen Frauen besonders betroffen sind. Um Diskriminierung von Frauen im öffentlichen und privaten Bereich zu verhindern, ist Rechtsetzung formal ausreichend.
<b>Linke</b>		x		
<b>BündnisC</b>	x			
<b>LKR</b>			x	Dass Geschlecht ein soziales Konstrukt sei, ist in der Tat eine falsche und unwissenschaftliche Behauptung. Der Vertrag von Amsterdam behauptet das aber auch gar nicht. Er enthält den Begriff des Gender Mainstreaming nicht. Er fordert in Artikel 2 lediglich, dass die EU die „Gleichstellung von Mann und Frau“ fördern soll. Dieses Ziel unterstützen wir. Insbesondere sehen wir in dieser Formulierung eine Verpflichtung der EU auf das normale biologische Verständnis von zwei (und nicht mehr) Geschlechtern.

Durch zahlreiche Projekte (u.a. Youth Sexual Awareness For Europe, SafeSex) versucht die EU, die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ in den Schulen der Mitgliedsstaaten zu verankern. Diese Sexualpädagogik birgt die Gefahr, die Intimsphäre und das Schamgefühl des Kindes zu verletzen. Die EU hat zudem keine Zuständigkeit im Bereich der schulischen Sexualaufklärung. Die EU darf daher weder in der Gesetzgebung noch in der Förderung Einfluss auf die Sexualaufklärung in den Mitgliedsstaaten nehmen.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU/CSU			x	Sexualerziehung befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen dem Recht der Eltern, dem Persönlichkeitsrecht des Kindes sowie dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. Sexualerziehung ist folglich in einem sinnvollen Zusammenwirken von Schule und Elternhaus zu leisten. Dabei ist zu beachten, dass Sexualität und die damit verbundenen Wertvorstellungen und Einstellungen gesellschaftlichen Entwicklungen folgen, die einem kontinuierlichen Wandel unterliegen. Neben Ehe und Familie werden heute nicht-eheliche Partnerschaften, Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und andere individuelle Beziehungsformen gelebt. Gegenüber den verschiedenen Wertvorstellungen ist Toleranz zu wahren. Eine altersgerechte Aufklärung, auch über die Vielfalt von Sexualität, ist zum Schutz der Kinder und Jugendlichen unabdingbar: Zum einen gibt es Eltern, die aus religiösen und weltanschaulichen Gründen oder aus Überforderung nicht aufklären. Hier ist die Schule in besonderer Weise gefordert; denn Sexualerziehung schützt auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten und ungewollter Elternschaft. Zum anderen kann Sexualerziehung vor Missbrauch schützen. Aufgeklärte Kinder wissen, was andere Menschen nicht mit ihnen tun dürfen und können sich leichter Hilfe holen, weil sie erfahren haben, dass das Thema nicht totgeschwiegen wird. Die Basis dafür legen kundige Lehrkräfte und ein sexualpädagogisches Konzept, das es in jeder Schule geben sollte.
Grüne		x		Aufklärungsarbeit, die die Vielfalt unterschiedlicher sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und Familienformen thematisiert, leistet einen wichtigen Beitrag gegen Homo- und Transphobie und fördert das respektvolle Miteinander in einer offenen Gesellschaft, in der niemand aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität diskriminiert werden darf. Schulbücher und andere Schulmedien müssen diese gesellschaftliche Vielfalt wiedergeben und Lehrpläne um Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen, die Geschichte und Menschenrechtsbildung auch in Bezug auf LSBTI erweitert werden.
SPD				
AfD	x			Die AfD sieht in der Frühsexualisierung unserer Kinder eine ernste Gefahr für eine gesunde Entwicklung.
FDP		x		Wir Freie Demokraten setzen uns für das Subsidiaritätsprinzip ein. Demnach soll die Europäische Union nur in den Bereichen tätig werden, wo ihr Wirken einen tatsächlichen Mehrwert bringt. Die Schulpolitik ist Aufgabe der Mitgliedstaaten, in Deutschland vor allem der Bundesländer. Die Kompetenzen der EU sind hier sehr beschränkt. Die EU kann insbesondere keinen Zugang von Schulaufklärungsprojekten in Schulen erzwingen. Allerdings kann sie flankierend tätig werden. Wir wollen, dass NGOs, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der EU gefördert werden. Das umfasst auch NGOs im Bereich der Schulaufklärung. Vor allem muss die EU darauf hinwirken, dass die altersadäquate Schulaufklärung nicht durch „Homopropaganda“-Gesetze eingeschränkt wird. Ein entsprechendes Gesetz in Litauen schränkt unter dem Deckmantel des Jugendschutzes die Meinungsfreiheit inakzeptabel ein.
Linke		x		
BündnisC	x			
LKR	x			Uneingeschränkte Befürwortung. Das ist keine Kompetenz der EU, sondern Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.

Wir lehnen im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Parlamentes vom Dezember 2015 die Legalisierung von Leihmutterschaft ab. Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten. Leihmutterschaft muss in der EU verboten werden bzw. bleiben.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
<b>CDU/CSU</b>	x			Bei der Reproduktionsmedizin gilt für uns der Vorrang des Kindeswohls: Wir wollen, dass Kinder ihre Herkunft kennen. Die Technisierung der Fortpflanzung durch Leihmutterschaft birgt erhebliche Risiken und Gefahren für das Kind, aber auch für die Frauen und verstößt gegen fundamentale Werteentscheidungen unserer Rechtsordnung. Schon durch die Schwangerschaft entsteht eine enge körperliche und psychosoziale Verbindung zwischen Mutter und Kind. Wir sprechen uns daher für die Aufrechterhaltung des Verbots dieser Praktiken in Deutschland aus. Streitigkeiten im Ausland zwischen Wunscheltern und Leihmüttern über die Abtreibung, Annahme und Herausgabe bestellter Kinder verdeutlichen die ethische und rechtliche Problematik dieser Techniken.
<b>Grüne</b>			x	Die Zulassung der Leihmutterschaft ist in Deutschland in den vergangenen Jahren im Deutschen Bundestag kein Thema gewesen. Derzeit gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, dieses Verbot in Frage zu stellen. Leihmütter sind im Rahmen dieser Schwangerschaften und den ihnen vorausgehenden künstlichen Befruchtungen erheblichen medizinischen Risiken ausgesetzt. Häufig finden solche Schwangerschaften unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Not der betroffenen Frauen statt, die damit den Lebensunterhalt ihrer eigenen Familien sicherstellen wollen. Das halten wir für sehr problematisch. In anderen Ländern der EU wird Leihmutterschaft anders gesehen.
<b>SPD</b>				
<b>AfD</b>	x			Die AfD wendet sich ebenfalls gegen Versuche der EU, indirekt legale Möglichkeiten für Leihmutterschaft in Staaten zu schaffen, wo diese bisher nicht erlaubt ist. Bezahlte Leihmutterschaft ist eine Form von Kinderhandel.
<b>FDP</b>		x		Wir Freie Demokraten fordern einen offenen Umgang mit den Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin. Allen Menschen muss unabhängig vom Familienstand der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten gegeben werden. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung. Der Staat sollte sich aus den intimen Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, die ethisch vertretbar sind. Eizellspenden und nicht-kommerzielle Leihmutterschaft sind in vielen Staaten der EU bereits legal und sollten auch in Deutschland unter Auflagen erlaubt werden.
<b>Linke</b>	x			
<b>BündnisC</b>	x			
<b>LKR</b>			x	Die EU hat weder eine Kompetenz in der Sexualpädagogik noch in ethisch-moralischen Fragen. Über die Zulässigkeit der Leihmutterschaft sollen allein die Mitgliedsstaaten entscheiden. Ob ein Verbot Leihmutterschaft unterbinden kann, ist unklar. Verbote von Prostitution (Degradierung von Frauen zu Sexualobjekten) haben nie funktioniert. Wichtig ist vor allem, dass die natürliche Mutter-Kind-Bindung geschützt wird. Deshalb sollte gesetzlich geregelt werden, dass „Mutter“ stets die Frau ist, die das Kind gebiert und dass diese Frau alle gesetzlichen Rechte und Pflichten einer Mutter hat. Privatrechtliche Verträge könnten dann nicht erzwingen, dass die Leihmutter ihr Kind nach Geburt zur Adoption freigeben muss.

Die EU unterstützt und finanziert zahlreiche Organisationen (bspw. ILGA Europe, Transgender Europe) und Projekte (bspw. Rights, Equality and Citizenship Programme 2014-2020, List of actions by the Commission to advance LGBTI equality) zur Verbreitung von Gender Mainstreaming und der Partikularinteressen der LSBT-Lobby in den Mitgliedsstaaten. Damit greift die EU in familienpolitische Belange ein, die außerhalb ihrer Zuständigkeit liegen und fördert die Benachteiligung der natürlichen Familie. Die Finanzierung dieser Organisationen und Projekte soll daher eingestellt werden.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU/CSU		x		Antwort siehe Frage 2
Grüne		x		Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI) erfahren vielfach auch heute noch Ausgrenzung und Abwertung. Wir begrüßen daher ausdrücklich die finanzielle Unterstützung der Organisationen, die sich für Menschenrechte von LGBTI sowie für Antidiskriminierungsarbeit in Europa einsetzen.
SPD		x		Aus dem Wahlprogramm zur Europawahl 2019: "Völlig egal mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und ein Leben frei von Diskriminierung und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken." (S. 36f)
AfD	x			Die AfD lehnt Gender Mainstreaming als unwissenschaftlich und ideologisch konstruiert ab und fordert die sofortige Einstellung aller Förder- und Forschungsprogramme.
FDP		x		Wir Freie Demokraten setzen uns für starke Bürgerrechte ein, auf die sich jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union, egal in welchem Mitgliedstaat, verlassen kann und die in einem neuen Entwurf einer Europäischen Verfassung an exponierter Stelle garantiert werden. Die EU ist gegründet auf gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten. Auch wenn die Charta der Grundrechte der EU und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) diese Rechte garantieren, müssen sie täglich wieder verteidigt werden. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Ein Angriff auf die Minderheiten ist immer ein Angriff auf die ganze Gesellschaft. Die Europäische Union darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsstaatsmechanismus weiter stärken. Die Institutionen der EU müssen ihre Kontroll- und Schutzmechanismen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von LSBTI, ausüben, um einen umfassenden und flächendeckenden Schutz zu gewährleisten. Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Rasse, Herkunft, Religion, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität muss EU-weit entgegengetreten werden. Wir wollen daher, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Bereich engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der Europäischen Union (EU) gefördert werden.
Linke		x		
BündnisC	x			
LKR	x			Uneingeschränkte Befürwortung. Das ist keine Kompetenz der EU, sondern liegt in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.

Das Europäische Parlament benötigt eine interfraktionelle Gruppe, die sich für die Anliegen und Rechte der natürlichen Familie, bestehend aus einem Vater, einer Mutter und Kindern, einsetzt. Den Aufbau einer solchen Gruppe würden wir als Fraktion unterstützen.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU/CSU	x			Für CDU und CSU ist die Förderung und Unterstützung von Familien ein vorrangiges Anliegen. Die Ehe ist dabei eine wichtige Grundlage für das Zusammenleben in Familien mit Kindern und die Übernahme von Verantwortung.
Grüne		x		Das Europäische Parlament muss sich für die Anliegen und Rechte aller Familien einsetzen, d.h. für Familien, bestehend aus einem Vater, einer Mutter und Kindern, für Alleinstehende mit Kindern, für Regenbogenfamilien, für Patchworkfamilien,.
SPD				
AfD	x			Die Afd unterstützt alle Maßnahmen, die zu einer Stärkung und Förderung der Familien führt.
FDP		x		Die wichtigsten Entscheidungen sind oft die persönlichsten. Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen alle frei sein. Der Staat und die Gesellschaft können Glück nicht verordnen. Glück kann nur jeder und jede für sich selber finden. Wir Freie Demokraten wollen jedem Menschen diese Freiheit lassen.
Linke		x		
BündnisC	x			
LKR	x			Da Familienpolitik keine Kompetenz der EU ist, ist eine solche Gruppe nur deshalb erforderlich, weil die EU vertragswidrig ständig auch in diesen Bereich hineinreguliert.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (Artikel 2, Zusatzprotokoll Nr. 1) sichert Eltern das Recht zu, „die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen.“ Dementsprechend besitzen viele Mitgliedsstaaten der EU eine Bildungspflicht und erlauben Heimunterricht. Auch in Deutschland soll die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht ersetzt und Heimunterricht zugelassen werden.

Partei	ja	nein	w.n.	Bemerkung
CDU/CSU		x		In Deutschland gilt seit genau hundert Jahren die Schulpflicht, die bedeutet, dass jedes Kind zwischen 6 und 15 Jahren eine Schule besuchen muss, sei es eine öffentliche oder eine staatlich genehmigte private Ersatzschule. Eine generelle Befreiung von der Schulpflicht aus pädagogischen oder religiösen Gründen ist nicht zulässig. Diesen Tatbestand hat auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bezüglich des Homeschooling bestätigt. Nach Auffassung von CDU und CSU beginnt Bildung in der Familie – sie ist ein Ort des generationenübergreifenden Lernens und Lehrens. CDU und CSU wollen Eltern in ihrer bildungsunterstützenden Rolle stärken und Bildungspartnerschaften mit Schulen ausbauen. Schulen gehören zu den wenigen Orten, an denen alle Gruppen der Gesellschaft verhältnismäßig unabhängig von Herkunft, Wohnort, Vermögen und Bildungsstand zusammenkommen. Gemeinsam mit den Eltern tragen sie dazu bei, dass die junge Generation optimale Bildungschancen erhält.
Grüne		x		Schulische Bildung hat neben Wissensvermittlung auch eine soziale Funktion. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, von anderen Kindern im Austausch zu lernen und andere soziale und kulturelle Realitäten kennenzulernen. Toleranz, die Fähigkeit zu Selbstbehauptung und Kompromissfindung, und damit ein respektvolles soziales Miteinander können Kinder und Jugendliche am besten im regelmäßigen Schulbesuch lernen und erleben. Schulen haben außerdem die Aufgabe, ungleiche Startchancen von Kindern auszugleichen und dafür zu sorgen, dass der Bildungserfolg weniger als bislang vom familiären Hintergrund abhängt und alle Kinder ihre Potenziale entfalten können.
SPD				
AfD			x	Hierzu hat die AfD noch keine programmatische Position entwickelt.
FDP		x		Wir bekennen uns zu einem Schulsystem, das für jeden gleiche Zugangschancen eröffnet, Diskriminierung verhindert und Neutralität wahrt. Eine gute Bildung befähigt die Menschen, auch in einer komplexen Umwelt selbstbestimmt ihren Weg zu gehen. Vor diesem Hintergrund ist es eine zentrale Aufgabe, Schulen auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, sie angemessen auszustatten und die weltbesten Lehrkräfte in Deutschland auszubilden. Wir setzen dabei auf eigene Gestaltungsräume der Schulen. Denn wer eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Ergebnisse sorgen. Daher sollen Schulen selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können.
Linke		x		
BündnisC	x			
LKR			x	Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert, die in Artikel 28 ausdrücklich „den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht“ macht. Die Europäische Menschenrechtskonvention richtet sich nicht gegen die Schulpflicht, sondern nur gegen Lehrinhalte, die religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen der Eltern zuwiderlaufen. Angesichts des Wachstums bildungsferner Schichten der Gesellschaft und großer Integrationsprobleme mit Zuwanderern in Deutschland sollte die allgemeine Schulpflicht nicht leichtfertig abgeschafft werden. Die Bildung von Parallelgesellschaften auf der Basis religiöser Sondervorstellungen muss verhindert werden. Andererseits verlangt die zunehmend unbefriedigende Qualität der staatlichen Schulausbildung nach mehr Wettbewerb durch Schulen in privater Trägerschaft. Dazu könnten auch staatlich anerkannte „Mini-Schulen“ gehören, in denen Eltern unterrichten, deren eigener Bildungsabschluss einen hinreichenden Befähigungsnachweis darstellt.